

# Lebenshilfe

3+4/80

Die Zeitschrift der Lebenshilfe für Behinderte



Titelphoto: Herr Tempfer gibt vor dem beratenden UN-Ausschuß in der Wiener UNO-City eine Erklärung für Menschen mit geistiger Behinderung ab

## 1981 – ein tatenloses Bekenntnis?

**Helmut Spudich**

1981 ist das „Jahr behinderter Menschen“. Unter dem Thema „Volle Anteilnahme und Gleichberechtigung“ hat die UNO dazu aufgerufen, weltweit die Bedürfnisse von Mitmenschen mit Behinderungen zu erkennen und zu berücksichtigen.

Auch Österreich hat sich diesem Appell angeschlossen. Was also können Staatsbürger mit Behinderungen in diesem Jahr erwarten?

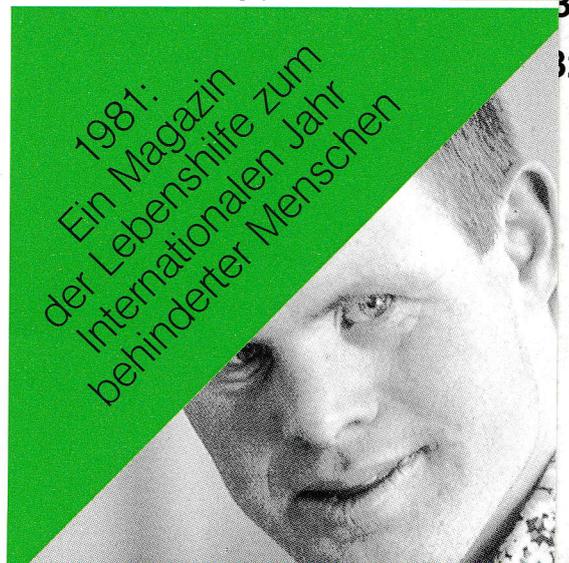
In vielen Jahren und Jahrzehnten haben wir Stein um Stein zahlreiche Mauern gebaut, mit denen wir Mitmenschen mit Behinderung vom Leben der Gemeinschaft ausgeschlossen haben. Mit den Mauern der Behindertenzentren und -anstalten, mit den Mauern der Gedankenlosigkeit, des Unverständnisses, der Feindseligkeit und der Bequemlichkeit haben die angeblich Nichtbehinderten erfolgreich ihre Unsicherheit und Ratlosigkeit versteckt.

Probleme, denen sich behinderte Menschen und ihre Angehörigen gegenübersehen, gibt es in Hülle und Fülle. An ihrer Lösung haben die

Betroffenen und ihre Interessenvertretungen seit langer Zeit gearbeitet, Schritt für Schritt auch in vielen Bereichen entscheidende Verbesserungen erzielt. Heute wissen wir in den meisten Lebensbereichen, wie es weiter gehen soll. Es ist aber müßig zu erwarten, daß diese zu lange schon unerfüllten Bedürfnisse 1981 geregelt und erledigt werden. Dabei fehlt es meist gar nicht am Verständnis; wem nützt jedoch die Sympathie des Unterrichtsministers, wenn weiterhin rund vier Fünftel aller „Schulpflichtbefreiungen“ ungesetzlich ausgesprochen werden? Wem nützt das Wohlwollen des Sozialministers, wenn nach wie vor Lücken im ASVG die Arbeitseingliederung zahlreicher Menschen verhindern? Wem nützt das Verständnis eines Landeshauptmannes, wenn Sonderschulen ohne notwendigem zusätzlichen Personal arbeiten müssen? Was fehlt, ist vielfach ein eindeutiger Schritt zur Tat seitens verantwortlicher Politiker und Behörden, um die Probleme behinderter Österreicher zu lösen; es fehlt ein Bekenntnis, das sich nicht nur auf Festveranstaltungen und Enqueten

ausdrückt, sondern vor allem auch in Form von gesetzlich verankerten Ansprüchen und von Budgets.

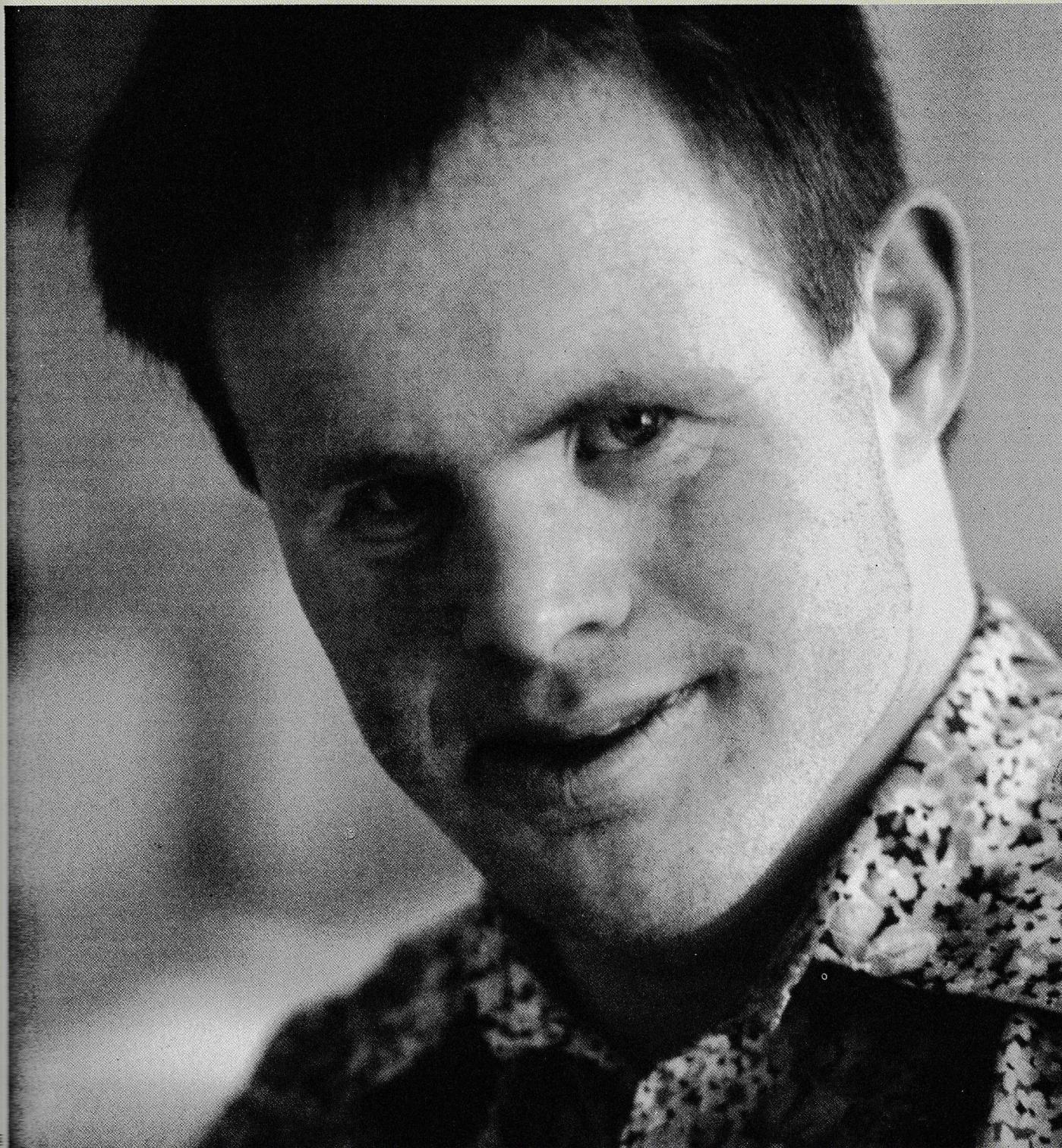
Vielleicht werden 1981 noch weitere Mauern aufgebaut: die der Festveranstaltungen, der Nationalkomitees, der Enqueten. 1981 kann aber auch ein Jahr des tatkräftigen Bekenntnisses werden: niedergeschrieben und verbrieft in gesetzlichen Ansprüchen und den Budgets für 1982 und den Folgejahren. ●



1981:  
Ein Magazin  
der Lebenshilfe zum  
Internationalen Jahr  
behinderter Menschen

1981

Ein Magazin der Lebenshilfe zum Internationalen Jahr behinderter Menschen



**„Wir brauchen Menschen,  
die an uns glauben“**

Aus der Erklärung für Menschen mit geistiger Behinderung  
vor dem Beratenden Ausschuß für 1981  
der Vereinten Nationen

# Was bringt das Internationale Jahr behinderten Menschen?

Die Vereinten Nationen erklärten 1981 zum „Internationalen Jahr behinderter Menschen“. Bereits 1976 auf Antrag Libyens von der Generalversammlung beschlossen, wollen die UN mit dieser publicity-trächtigen Aktion – nach dem „Jahr der Frau“ und dem „Jahr des Kindes“ – damit weltweit auf die Lage eines benachteiligten Bevölkerungsteils aufmerksam machen. Selbstgesetztes Ziel des UN-Jahres ist es, über die vielschichtigen Bedürfnisse von geschätzten 400 Millionen Menschen mit Behinderung aufzuklären und Regierungen zur Implementation der bereits bestehenden Erklärungen der Rechte behinderter Menschen zu bewegen.

Für die „Familie der Vereinten Nationen“ (UN-Selbstdarstellung) ist das Anliegen behinderter Mitmenschen nichts Neues; davon zeugen die Deklaration der Rechte geistig behinderter Menschen, die 1971 einstimmig auf Betreiben der „Internationalen Liga von Vereinigungen für Menschen mit geistiger Behinderung (ILSMH)“ verabschiedet wurde, sowie die Deklaration der Rechte behinderter Menschen aus dem Jahr 1975<sup>1)</sup>. Dementsprechend ist man in den Vereinten Nationen realistisch genug, um von einem einzelnen Jahr nicht allumfassende Lösungen zu erwarten. Man setzt, so zumindest laut Darstellungen der UN, vielmehr auf die langzeitige Wirkung dieser Aktion und darauf, daß 1981 im Lichte öffentlichen Interesses grundlegende, längerfristige Programme für behinderte Menschen initiiert werden. Ähnlich der „Dekade der Frau“, die durch das Jahr 1976 eingeleitet wurde, soll dem „Jahr behinderter Menschen“ ein weiteres Jahr-zehnt konzentrierter Anstrengungen folgen. Wie weit die Vereinten Nationen selbst dieses „Jahr behinderter Menschen“ wichtig nehmen, ist an seinem Anfang schwer zu beurteilen; nachdenklich stimmt jedoch der Umstand, daß das Sekretariat des „Jahres behinderter Menschen“, geleitet von Frau N'kanza, der früheren Sozialministerin Zaïres, zahlenmäßig schlechter besetzt ist als das der vorangegangenen „Jahre“.

1) Die ältere, jetzt 10jährige Erklärung der Rechte geistig behinderter Menschen wird von der Proklamation der österreichischen Bundesregierung leider nicht erwähnt, obwohl Österreich seinerzeit für diese Erklärung stimmte.

## Volle Anteilnahme und Gleichberechtigung

Unter diesem anspruchsvollen Motto soll das Jahr 1981 abgehandelt werden. In der Deklaration der Generalversammlung aus dem Jahr 1976 werden fünf grundlegende Ziele für 1981 gesetzt:

- behinderten Menschen dabei helfen,

sich geistig und körperlich der Gesellschaft anzupassen;

- alle Anstrengungen zu unterstützen, die auf nationaler und internationaler Ebene ergriffen werden, um Menschen mit einer Behinderung notwendige Fürsorge, Pflege, Bildung sowie Beratung zuteil kommen zu lassen, ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten und ihre volle

## „Wir brauchen Menschen, die an uns glauben“

Vor dem beratenden UN-Ausschuß zum „Internationalen Jahr behinderter Menschen“, der im Sommer 1980 im Wiener Internationalen Zentrum tagte, gab Herr Wolfgang Tempfer im Namen von Menschen mit geistiger Behinderung eine Erklärung ab, die bei den Regierungsvertretern großen Widerhall auslöste. Herr Tempfer ist in einer Werkstatt der Lebenshilfe Wien tätig und bewohnt eines der Wiener Wohnhäuser der Lebenshilfe.

Wir bringen den Text seiner Erklärung:

*„Ich spreche im Namen von Menschen mit geistiger Behinderung. Wir sind in erster Linie Menschen und nur in zweiter Linie behindert. Wir wollen für unsere Rechte eintreten und andere Leute wissen lassen, daß es uns gibt. Wir wollen unseren Mitmenschen*

*erklären, daß wir in unseren Gemeinden leben und arbeiten können. Wir wollen zeigen, daß wir Rechte und Pflichten haben wie andere. Unsere Stimme ist neu. Wir müssen erst lernen zu sprechen. Und wir bitten alle, zu lernen, unsere Stimme zu verstehen. Wir brauchen Menschen, die uns sprechen lehren. Menschen, die an uns glauben. Geistig behinderte Menschen wollen nicht in fürchterlichen Anstalten leben. Wir wollen in unseren Gemeinden leben. Bitte helfen Sie allen geistig behinderten Menschen, vor allem auch den schwerst- und mehrfach behinderten Menschen. Nicht nur im nächsten Jahr, sondern immer. Danke fürs Zuhören.“*



Im Bild: Delegation von Menschen mit geistiger Behinderung bei der Tagung des beratenden UN-Ausschusses für 1981 in der Wiener UNO-City.

Integration in die Gesellschaft zu gewährleisten;

- Unterstützung aller Studien- und Forschungsprojekte, die dazu bestimmt sind, die wirkliche Anteilnahme behinderter Menschen am alltäglichen Leben zu erleichtern, indem man etwa den Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Transportmitteln verbessert;

- Maßnahmen, um die Öffentlichkeit vom Recht behinderter Menschen zur vollen Teilnahme am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben zu informieren und die Öffentlichkeit zu veranlassen, zu diesen Aufgaben beizutragen;

- Unterstützung aller Maßnahmen zur Verhinderung einer Behinderung und zur Rehabilitation behinderter Mitmenschen.

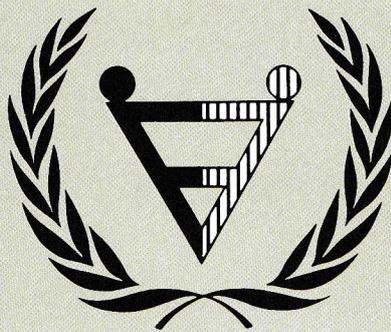
## 1981 in Österreich

Auch Österreich hat sich zu den Absichten der UN im „Jahr behinderter Menschen“ bekannt. Auf österreichischer Ebene wurde deshalb im Mai 1980 ein Nationalkomitee gegründet, um Vorhaben im Jahr behinderter Menschen zu koordinieren. Diesem Nationalkomitee, das vom Bundesministerium für soziale Verwaltung ins Leben gerufen wurde, gehören Vertreter aller Ministerien, der Bundesländer, verschiedener Körperschaften öffentlichen Rechts, wie etwa der Arbeiterkammer und der Bundeswirtschaftskammer, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, des Österreichischen Städtetages, des Gemeindetages, der Vereinigung Österreichischer Industrieller, der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, der Sozialversicherungsträger sowie (last, but not least?) der in der Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation vertretenen Organisationen behinderter Menschen, darunter auch der Lebenshilfe, an.

In fünf Ausschüssen, die seit November tagen, will das Nationalkomitee Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Österreichern mit Behinderungen erarbeiten:

- Maßnahmen der orthopädischen Versorgung,
- Wissenschaft und Forschung,
- Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation,
- Maßnahmen der sozialen Rehabilitation, einschließlich Maßnahmen im Bauwesen,
- Überprüfung von diskriminierenden Bestimmungen im österreichischen Recht und Erarbeitung von Vorschlägen für entsprechende legislative Verbesserungen.

Als Interessenvertretung geistig behinderter Österreicher ist die Lebens-



*Symbolisches zum Internationalen Jahr:  
UN-Emblem für 1981*

hilfe in allen Ausschüssen des Nationalkomitees vertreten.

Bis März 1981 sollen die Ausschüsse erste Ergebnisse zusammentragen, die dann bei einer Enquete des Sozialministeriums am 25. Mai 1981 präsentiert werden. Für den Herbst 1981 ist ein Schlußbericht der Ausschüsse geplant.

Darüber hinaus wurde vom Sozialministerium ein „Organisationsbüro“ gebildet, das diese Aktivitäten koordinieren soll und auch für Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich ist. Um einen breiteren Kreis von Österreichern über die Bedürfnisse ihrer behinderten Mitmenschen zu informieren, plant das Ministerium

- Großplakate ab Jänner 1981;
- Fernsehwerbung über die Anliegen behinderter Mitmenschen;
- Zusammenarbeit mit Zeitungen;
- einen Informationsfilm über berufliche Eingliederung sowie
- eine Ausstellung über Menschen mit Behinderungen.

Bereits Ende des alten Jahres, 1980, legte die Lebenshilfe einen Katalog von „20 Maßnahmen für geistig behinderte Mitbürger“ vor, der Schwerpunkte der Bundesregierung und des Nationalrats im Jahr behinderter Menschen fordert (dazu lesen Sie bitte den Bericht auf den folgenden Seiten). Auch die Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Plattform österreichischer Verbände behinderter Menschen, an der auch die Lebenshilfe aktiv beteiligt ist, legte mit Anfang des Jahres ein Forderungsprogramm vor (siehe Bericht auf Seite 22).

## Eröffnung durch die Bundesregierung

Der Festakt der Bundesregierung Mitte Jänner war in Österreich der offizielle Startschuß zum „Jahr behinderter Menschen“. Im feierlichen Rahmen der Hofburg wurde von Bundeskanzler, UN-Exekutivsekretärin, Präsident der Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Vorsitzendem der Landes-Sozialhilferferenten-Konferenz, Sozialminister,

Bundespräsident und Symphoniker-Ensemble 1981 eingeleitet, während vor der Tür Menschen in Rollstühlen demonstrierten, daß es nach ihrer Auffassung in Anbetracht zahlreicher ungelöster Probleme noch nichts zu feiern gibt.

Bundeskanzler Kreisky, der die Veranstaltung eröffnete, verwies auf die Proklamation der Bundesregierung (siehe Seite 19) und kündigte die Bildung eines Fonds an, der aus Spenden der Bevölkerung gebildet und dessen Ertrag sodann – à la Amerika-Stern und Staatsvertrags-Solidaritätsfonds – aus Steuermitteln verdoppelt werden soll; Details über den Verwendungszweck dieser Mittel stehen noch aus.

„Wir müssen wegkommen von der Wegschau-Mentalität, ebenso wie von der Gewohnheit des Anstarens. Wir müssen die Behinderung, sei sie geistig oder körperlich, als eine der möglichen Erscheinungsformen des Lebens annehmen.“ Mit sehr eindringlichen Worten forderte Bundespräsident Dr. Kirchschräger in seiner Eröffnungsrede zur Solidarität mit behinderten Mitmenschen auf; er war übrigens der einzige, der sich in seiner Ansprache nicht nur an die Bundesregierung, den päpstlichen Nuntius und das Diplomatische Corps wandte, sondern auch an die „geschätzten behinderten Mitbürger“. Bundespräsident Kirchschräger zeigte mit seiner Rede nicht zum ersten Mal, daß ihm die Situation behinderter Menschen vertraut ist. (Lesen Sie bitte den Text seiner Rede auf Seite 20.)

## Der Nutzen für die Betroffenen

Das eben begonnene „Jahr behinderter Menschen“ wird erst zeigen müssen, welchen Nutzen es den Betroffenen bringt. Sicherlich wird es ein „Türöffner“ des öffentlichen Bewußtseins werden: Bereits zu Anfang des Jahres zeigte sich ein vermehrtes Interesse an den Belangen behinderter Menschen. Darüber hinaus bleibt die Hoffnung, daß 1981 vor allem auch zu einer beschleunigten Gangart beim Ausbau von Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung führt.

Menschen mit geistiger Behinderung schließlich knüpfen an dieses Jahr den besonderen Wunsch, nicht im Trubel von Veranstaltungen und Ereignissen jeder Art überhört zu werden. In stärkerem Ausmaß als andere sind sie auf Vertreter angewiesen, die ihre Stimme verstehen und für sie sprechen. In der Proklamation der Bundesregierung wird lediglich die 1975 entstandene Deklaration der Rechte behinderter Menschen zitiert; hoffentlich geht dabei der Blick auf die 1971 deklarierten Rechte geistig behinderter Menschen nicht verloren.